

Coronakrise: Wo stehen wir? Was kommt?

Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft fest im Griff. Die weitgehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden zu einer tiefen globalen Rezession führen. Auch an der deutschen Versicherungswirtschaft wird die Krise nicht spurlos vorüber gehen.

- Wegen der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und des Produktionsstopps in einer Vielzahl von Firmen wird der wirtschaftliche Einbruch aller Voraussicht nach größer als im Jahr 2009.
- Es besteht aber die Hoffnung, dass die Krise mit der räumlichen Trennung der Menschen und den vielen wirtschaftspolitischen Maßnahmen eingedämmt werden kann, sodass die Einschränkungen schrittweise gelockert und in einigen Monaten eine Erholung beginnen kann.
- Zudem ist zu hoffen, dass man die richtigen Lehren aus der Krise zieht: So sollte eine Stärkung des gesellschaftlichen Risikomanagements sowie der Prävention erfolgen und die Digitalisierung beschleunigt vorangetrieben werden.
- Auch die Versicherungswirtschaft ist von der Krise betroffen. So erschweren die Verwerfungen an den Finanzmärkten die Neuanlage. Auch das Neugeschäft dürfte aufgrund der Einschränkungen im öffentlichen Leben und der Einkommensverluste leiden. Gleichwohl könnte sich die langfristige Ausrichtung des Geschäftsmodells auch in dieser Krise als wesentliches Plus erweisen.

Dr. Martin
Altemeyer-Bartscher

Dr. Max Hanisch

Jakob Hohenstein

Dr. Rolf Ketzler

Dr. Anja Theis

Dr. Klaus Wiener

Wirtschaft unter Schock

Das Corona-Virus hat sich in weniger als drei Monaten zu einer Pandemie ausgeweitet. Nach China und Europa liegt das Epizentrum des Ausbruchs mittlerweile in den USA. In Europa sind Italien und Spanien am stärksten betroffen, aber auch in Deutschland hat sich das Virus insbesondere im März sprunghaft verbreitet. Die zum Teil schweren Krankheitsverläufe, die durch das Corona-Virus ausgelöst werden, stellen die Gesundheitssysteme vor große Herausforderungen.

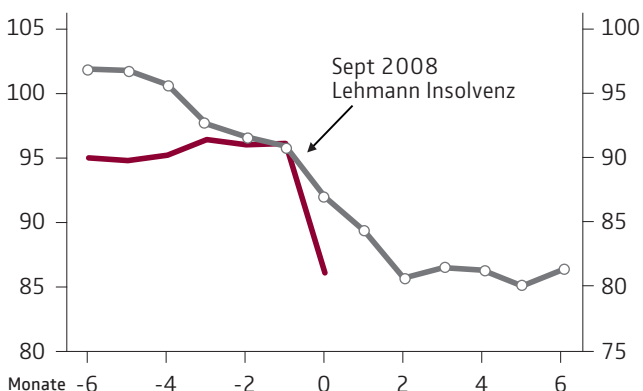
Zur Eindämmung des Virus wurden weltweit drastische Maßnahmen ergriffen, die bis hin zu weitreichenden Ausgangssperren reichen. In Deutschland ist das öffentliche Leben derzeit u. a. durch eine Kontaktsperre stark eingeschränkt.

Die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen sind massiv und ziehen sich durch nahezu alle Wirtschaftssektoren. Die Industrie hat teilweise ihre Produktion eingestellt und im Einzelhandel sind zahlreiche Geschäfte geschlossen. Unter den Dienstleistungen müssen vor allem der Tourismus, das Gastgewerbe sowie der Veranstaltungsbereich deutliche Einbußen hinnehmen. Lediglich der Bausektor scheint bisher nur wenig betroffen zu sein. Einen ersten Hinweis auf das Ausmaß der Krise gibt der Einbruch des ifo-Geschäftsklimaindexes im März, der stärker ausfiel als zu Beginn der globalen Finanzkrise im September 2008 (s. *Abbildung 1*). Eine genaue Abschätzung ist angesichts der großen Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie aktuell nur schwer möglich. Fest steht aber, dass für das Jahr 2020 mit einer ausgeprägten Rezession gerechnet werden muss, die das Ausmaß der Finanzkrise übertreffen dürfte (2009: -5,7%). Plausibel erscheint die Einschätzung zahlreicher Volkswirte, die für 2020 derzeit einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5 % bis 10 % erwarten.

Abrupter Einbruch des ifo Geschäftsklimaindex

Abbildung 1 · Verlauf des ifo-Index im Vergleich zur Finanzkrise

■ ifo Index vor Corona-Krise, Monat 0: März 2020
 ■ ifo Index vor Finanzkrise, Monat 0: Oktober 2008 (rechte Skala)



Quelle: Thomson Reuters

Fiskalpolitik gefordert

Als Antwort auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des „Corona-Schocks“ hat die Bundesregierung ein umfassendes Rettungspaket geschnürt. Dieses setzt insbesondere auf den Erhalt der unternehmerischen Kapazitäten und soll einen Anstieg der Insolvenzen sowie eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen verhindern. Zu den wesentlichen Elementen gehören ein milliardenschwerer Schutzschirm für Unternehmen, Steuerstundungen und ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld. Letzteres hat bereits in der globalen Finanzkrise die Einkommensentwicklung stabilisiert. Insgesamt belaufen sich die Maßnahmen allein in Deutschland auf knapp 1.200 Mrd. EUR inkl. Garantien; dies entspricht einem Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Deutschland verfügt aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung (sprudelnde Steuereinnahmen) und des Zinsverfalls (Verringerung Zinslast) in den letzten Jahren über vergleichsweise große finanzielle Spielräume. Anders sieht es bei vielen ebenfalls stark betroffenen Euromitgliedstaaten aus. Dabei steht es außer Frage, dass angesichts der Schwere der Krise europäische Solidarität jetzt unverzichtbar ist. Andernfalls droht die europäische Integration dauerhaft beschädigt zu werden. Insofern ist es richtig, dass die EU-Finanzminister vor ein paar Tagen ein knapp 500 Mrd. EUR schweres Hilfspaket geschnürt haben, das aus drei Elementen besteht (Hilfskredite für Staaten im Rahmen des ESM, Bürgschaften und Kredite für Unternehmen über die EIB sowie ein Programm zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung). Auch wenn von einigen Ländern erhofft, sind Corona-Bonds nicht Teil des Pakets. Corona-Bonds erfordern eine gemeinsame, demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Sozialpolitik; beides liegt aber bislang nicht vor. Besser ist es daher, den ESM zu nutzen. Sein Vorteil ist die schnelle Verfügbarkeit; die Mittel können sofort bereitgestellt werden. Und da es sich um keine selbstverschuldete Krise handelt, können die Auflagen im aktuellen Umfeld auf ein Minimum beschränkt werden.

Auch die Geldpolitik hat kurzfristig verschiedene geldpolitische Maßnahmen ergriffen, insbesondere mit dem Ziel, das Finanzsystem zu stabilisieren und die Liquiditätsversorgung zu sichern. Als Hilfe für hoch verschuldete Euro-Staaten hat die EZB ein neues umfassendes Ankaufprogramm für Wertpapiere über 750 Mrd. EUR beschlossen. Allerdings rückt die EZB mit der möglichen Aufgabe der Ankäufe gemäß Kapitalschlüssel und dem möglichen Wegfall der Obergrenze pro Emission (bisher 33%) noch dichter an die Grenzen ihres Mandats. Insgesamt sind die Möglichkeiten der Geldpolitik zur Stimulierung des Wachstums wie schon in unserem letzten

Makro und Märkte kompakt¹ diskutiert in der aktuellen Krise sehr begrenzt. Eine höhere (wirtschaftliche) Aktivität darf aktuell gerade nicht gefördert werden; räumliche Trennung und Vermeidung „sozialen Konsums“ sind die Stichworte. Der Fokus der geldpolitischen Maßnahmen muss daher auf der Bereitstellung von Liquidität zur Wahrung der Finanzstabilität liegen.

Erholungsszenarien: V, U oder L?

Die Perspektiven für eine wirtschaftliche Erholung sind grundsätzlich günstig, da die Krise durch einen exogenen Schock und nicht durch strukturelle Ungleichgewichte ausgelöst wurde. Ein dauerhafter Wachstumsrückgang (L-Szenario) erscheint daher wenig wahrscheinlich. Die Erholung wird aber erst dann einsetzen, wenn eine wirksame Eindämmung des Virus gelungen ist, damit dann die sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen wieder aufgehoben werden können.

Sollte sich zeitnah ein Erfolg der Maßnahmen abzeichnen – die jüngsten Verbreitungsdaten aus Europa geben hier ja durchaus Anlass zur Hoffnung –, dann besteht die Chance auf eine rasche Erholung der Konjunktur im zweiten Halbjahr 2020. Voraussetzung dafür wäre, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen greifen und so das Produktionspotential der Wirtschaft weitgehend erhalten bliebe (V-Szenario).

Eine Gefahr ist allerdings, dass nach Lockerung der Einschränkungen die Neuinfektionszahlen wieder steigen. Eine rasche und vollständige Lockerung des Shutdowns wird es daher nicht geben. Aber auch darüber hinaus dürfte das „Hochfahren“ der Wirtschaft mit zahlreichen Herausforderungen verbunden sein. Hierzu zählt die rasche Wiederherstellung der Lieferketten. Die deutschen Exporteure dürften zudem die Auswirkungen des Virus bei wichtigen Handelspartnern zu spüren bekommen; von Bedeutung ist dabei unter anderem der Einbruch des amerikanischen Konsums.

Umbau zu mehr Nachhaltigkeit

Solange ein wirksames Medikament oder ein Impfstoff nicht verfügbar ist, scheint aus unserer Sicht daher ein U-förmiger Verlauf das wahrscheinlichste Szenario. Nach einem tiefen Einbruch des Wirtschaftsgeschehens im ersten Halbjahr wird es zunächst eine Phase geben, in der sich die wirtschaftliche Aktivität nur langsam belebt. Eine Normalisierung dürfte sich erst im Jahr 2021 einstellen, wobei aus heutiger Sicht unklar ist, was Normalauslastung der Wirtschaft in der Nachkrisenzeit bedeutet.

¹ Vgl. [Makro und Märkte kompakt: Corona: Angesteckt? Nr. 33](#).

Teile der Produktionskapazitäten könnten trotz staatlicher Hilfe unwiederbringlich verloren gehen. Zudem sind erhebliche strukturelle Anpassungen zu erwarten. Während die Digitalisierung mit vermutlich noch größerer Intensität vorangetrieben wird, könnte der ohnehin in die Kritik geratene Freihandel einem Protektionismus weichen, der nicht bei der Produktion essentieller Güter wie der Schutzkleidung für medizinisches Personal haltmacht. Für die Weltwirtschaft insgesamt könnte dies eine Phase geringeren Wachstums bedeuten. Dafür spricht auch, dass der in Teilen erforderliche Neustart mit einem größeren Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit verbunden werden dürfte. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission bereits deutlich gemacht, dass sie den Green Deal noch stärker mit der Förderung von Nachhaltigkeit verbinden wird. Dies ist mit Blick auf den Klimawandel sicher zu begrüßen; die damit einhergehenden Anpassungen hin zu einer kohlenstoffärmeren Produktion werden aber zumindest zeitweise Wachstum kosten.

Flexible Exit Strategie

Um die Anlaufkosten und die in Teilen wohl auch erforderlichen Kosten des Wiederaufbaus so gering wie möglich zu halten, muss jetzt auch über eine Exit-Strategie nachgedacht werden. Dabei wird es darauf ankommen, die richtige Balance zwischen weiter bestehenden gesundheitlichen Risiken und der wirtschaftlichen Entwicklung zu finden. Das schließt gegebenenfalls auch eine flexible Reaktion auf sich ändernde Neuinfektionszahlen ein. Sollten sich Lockerungen als kontraproduktiv erweisen, muss das öffentliche Leben wieder eingeschränkt und öffentliche Hilfen verlängert werden. Je mehr sich die Unternehmen und Haushalte auf eine evidenzbasierte Vorgehensweise und ggf. weitere Hilfen verlassen können, desto größer dürfte auch die Bereitschaft sein, den für die Bekämpfung der Krise erforderlichen langen Atem mitzubringen.

Bondmärkte zwischen den Fronten

Spiegel der großen Unsicherheit über die weitere realwirtschaftliche Entwicklung sind die Finanzmärkte. Auf den Anleihenmärkten hat die Angst vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie den Staatsanleihen im März ein heftiges Auf und Ab beschert. Die Reaktion folgte zunächst gewohnten Mustern: Flucht in sichere Anlagehäfen. Die Renditen fielen deutlich; zehnjährige Bundesanleihen notierten zwischenzeitlich bei nie dagewesenen -0,86 %. Ihre amerikanischen Pendanten sanken kurzzeitig auf bis zu 0,34 %, ebenfalls ein historisches Tief. Zudem steigen die

Zinsaufschläge zahlreicher Länder des Euroraums gegenüber deutschen Bundesanleihen markant an.

Dann setzte jedoch eine Gegenbewegung ein, die die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe Mitte März um über 60 Basispunkte (amerikanische Treasuries: 30 Basispunkte) nach oben schnellen ließ. Unternehmensanleihen traf es ebenso, auch jene mit höherer Bonität. Offenbar waren die Verluste insbesondere auf den Aktien- und Derivatmärkten (Stichwort: Margin Calls) so groß, dass Investoren mit Bondverkäufen dringend Liquidität beschaffen mussten. Die Spreads gegenüber Ländern des Euroraums mit hoher Staatsverschuldung stiegen noch weiter. Erst die Ankündigung umfassender Hilfsmaßnahmen seitens der EZB konnte dieser Dynamik Einhalt gebieten und die Renditen der Staatsanleihen auf ein niedrigeres – aber im Vergleich zum Vorkrisenniveau weiterhin erhöhtes – Level drücken.

Angesichts des massiven Wirtschaftseinbruchs stellt sich für viele Marktbeobachter insbesondere in Deutschland die Frage, ob das Zinsniveau noch weiter fallen könnte. Hier muss zwischen kurz- und langfristigen Zinsen unterschieden werden. Während kurzfristige Zinsen nahezu ausschließlich von der Geldpolitik determiniert werden, spielen in den längeren Laufzeiten auch Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der Risikolage eine Rolle. Was die Leitzinsen angeht, so scheint sich zunehmend die Erkenntnis durchzusetzen, dass mit Negativzinsen eine Reihe von gravierenden Nebenwirkungen einhergehen, allen voran Belastungen für die Kreditvergabe der Geschäftsbanken. Wohl auch aus diesem Grund hat die schwedische Reichsbank schon vor der Corona-Krise das Experiment

Negativzinsen beendet. Die EZB ist diesem Schritt Anfang März zwar noch nicht gefolgt. Eine weitere Leitzinssenkung fand sich aber nicht unter den vielen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Krise beschlossen wurden. Sollte es also zu weiteren Zinsrückgängen kommen, dann wohl eher in den längeren Laufzeiten. Vorstellbar wäre eine solche Situation angesichts des ohnehin bereits sehr niedrigen Zinsniveaus aber wohl nur dann, wenn die Wirtschaftskrise in eine echte Deflation münden würde.

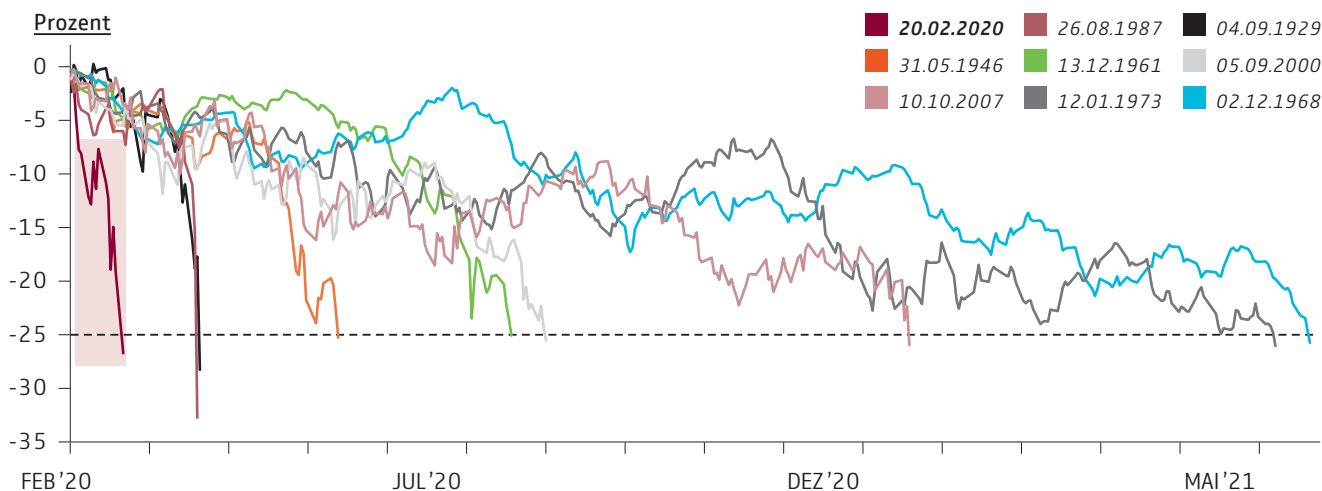
Starke Kursabschläge auf den Aktienmärkten

Die Tumulte haben auch vor den Aktienmärkten nicht haltgemacht. Die Kurse brachen auf breiter Front ein: Vom frisch erklommenen Hochpunkt Ende Februar 2020 (Dax: 13.789 Punkte; S&P 500: 3.389 Punkte) ging es um ganze 5.347 Punkte bzw. 39 % auf zwischenzeitlich 8.442 Punkte für den Dax, und um 1.149 Punkte bzw. 34 % auf zwischenzeitlich 2.237 Punkte für den S&P 500, bergab. Noch nie hat sich ein Bärenmarkt in so kurzer Zeit manifestiert. Im S&P 500 hat es, gemessen ab dem letzten Höchststand vom 20. Februar, lediglich 14 Börsentage gedauert, bis der Verlust 25 % betrug (s. Abbildung 2).

Zuletzt konnten sich die Aktienmärkte etwas erholen. Allerdings dürfte dies vor allem an den umfangreichen Hilfspaketen gelegen haben, mit denen die Folgen der Krise zumindest gelindert werden. Ob damit die Tiefpunkte auf den Aktienmärkten schon erreicht sind, ist offen. In den kommenden Wochen und Monaten müssen die Finanzmärkte eine Vielzahl sehr schlechter Konjunkturnachrichten verdauen. Und auch die Gewinnmeldun-

Der schnellste Bärenmarkt der Geschichte

Abbildung 2 · Verlauf historischer Einbrüche des S&P 500 um 25 %, skaliert auf den 20.02.2020



Quelle: Bloomberg

gen der Unternehmen dürften alles andere als positiv sein. Eine nachhaltige Wende zum Besseren ist wohl erst dann zu erwarten, wenn sehr deutliche Signale für eine dauerhafte Überwindung der Pandemie vorliegen.

Stabiles Finanzsystem

Als massiver realwirtschaftlicher Schock zieht die Corona-Krise unweigerlich erhebliche Konsequenzen für die Finanzindustrie nach sich. Diese reichen von der Neubepreisung vieler Finanztitel über veränderte Kreditwürdigkeiten bis hin zu Anpassungen in Ersparnis und Kapitalanlage der privaten Haushalte. Eine Finanzkrise ist damit jedoch bisher nicht verbunden.

Jetzt bewähren sich erfreulicherweise die Regulierungs-Reformen des letzten Jahrzehnts, die zu einer sehr leistungsfähigen Finanzaufsicht geführt haben. Für die europäische Versicherungswirtschaft war dies die Einführung von Solvency II im Jahre 2016. Damit ist gewährleistet, dass bei den Versicherern substanzielle Puffer zur Abfederung von Verlusten sowie umfassende und effektive Governance-Strukturen und Risikomanagementsysteme vorhanden sind.

Das bestehende Regelwerk ermöglicht zudem für Krisensituationen ein signifikantes Maß an aufsichtlicher Flexibilität. Die Aufsichtsbehörden haben bereits verdeutlicht, dass sie diese Flexibilität ausschöpfen werden, um die beaufsichtigten Unternehmen bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen.

Risikoprävention stärken und Digitalisierung beschleunigen

Auch wenn die Implikationen der Krise zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sind und voreilige Schlussfolgerungen vermieden werden sollten: Erste Lehren zeichnen sich ab, die perspektivisch wichtige Potenziale für eine Stärkung der deutschen Volkswirtschaft und Gesellschaft aufzeigen.

An erster Stelle ist die große Bedeutung von gesellschaftlichem Risikomanagement und Risikoprävention zu nennen. Alle Akteure sind hier gefragt – Staat, private Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger. Viele Präventionsmaßnahmen haben sich in der Krise bewährt, z. B. die Pandemie-Notfallpläne von Behörden und privaten Unternehmen. An anderer Stelle sind Lücken zu Tage getreten, etwa in der Bevorratung von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, eine ausgewogenere Abwägung zwischen der Prävention zwar wenig wahrscheinlicher, aber in ihren Auswirkungen potenziell katastrophalen Risiken und dem effizienten Einsatz von Mitteln für den

„Normalfall“ zu finden. In einer zunehmend vernetzten Welt und in Zeiten des Klimawandels ist dies eine der Zukunftsfragen der Menschheit.

Zweitens sind in der Krise die Vorteile des digitalen Wandels klar zu Tage getreten. Was noch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen wäre, ist breiten Kreisen in Wirtschaft und Gesellschaft nun in kürzester Zeit gelungen: Viele Unternehmen haben ihren Betrieb ganz oder teilweise auf dezentrales Arbeiten in digitaler Vernetzung umstellen können. Im Gesundheitssektor erlebt die Telemedizin einen Aufschwung. Über den eigenen Hausstand hinaus nutzen immer mehr Menschen die Möglichkeiten der virtuellen Welt, um trotz Abstandsgebot soziale Kontakte aufrechtzuerhalten und zu pflegen. In dieser Situation manifestieren sich aber auch deutlich die noch bestehenden Hindernisse in der digitalen Transformation. Dazu gehören Schwächen in der Netzinfrastruktur ebenso wie gesetzliche Vorschriften, die der neuen digitalen Realität noch nicht Rechnung tragen, z. B. Papier- und Unterschriftserfordernisse. Der Digitalisierungsschub durch die Krise sollte daher zum Anlass genommen werden, die digitale Agenda von Bundesregierung und EU-Kommission beschleunigt voranzutreiben.

Auch das Geschäft der Versicherer betroffen

Die deutsche Versicherungswirtschaft ist direkt und indirekt den Folgen der Pandemie ausgesetzt. Als bedeutender langfristiger Investor mit einem Anlagevolumen von rund 1,7 Billionen EUR sind die deutschen Versicherer von den aktuellen Entwicklungen an den Kapitalmärkten betroffen, allerdings deutlich weniger stark als oftmals befürchtet. Dies liegt zum einen am langfristigen Geschäftsmodell der Versicherer. Da Verbindlichkeiten oftmals erst weit in der Zukunft fällig werden, ist der Druck gering, Vermögenswerte in der Krise zu ungünstigen Konditionen veräußern zu müssen. Hinzu kommt, dass die Allokationsquoten in risikobehafteten Assetklassen gering sind. Mit gut 5 % ist z. B. die Aktienquote niedrig. Deutlich stärker schlägt die allgemeine Zinsentwicklung zu Buche, denn mit der nun voraussichtlich noch länger währenden Niedrigzinsphase gestaltet sich die Neuanlage schwierig. Allerdings gilt hier zu bedenken, dass die Investitionen der Versicherer in Staatsanleihen in den letzten Jahren zugunsten von Anleihen mit höheren Renditen abgenommen haben. Mit dem Anstieg der Risikoprämien etwa für Unternehmensanleihen ergeben sich daher nun auch Investitionschancen, zumindest solange, wie das Risiko für Zahlungsausfälle begrenzt bleibt. Und schließlich haben die Versicherer bereits vor der aktuellen Krise auf das Niedrigzins-

umfeld reagiert: So wurden in der Lebensversicherung neue Produkte mit flexiblen Garantien geschaffen, die aufgrund der höheren Flexibilität in der Asset Allokation sehr viel besser geeignet sind für volatile Märkte und niedrige Zinsen.

Geschäftsbetrieb läuft weiter

Wie in vielen anderen Branchen auch haben die Versicherer ihren Geschäftsbetrieb in kürzester Zeit an die neuen Herausforderungen angepasst. Um zur Verlangsamung der Virus-Verbreitung beizutragen, arbeitet der Großteil der Mitarbeiter im Homeoffice. Mitarbeiter, die weiterhin vor Ort gebraucht werden, sind häufig in separierte Teams eingeteilt, um das Risiko von Ansteckungen innerhalb der Belegschaft zu verringern.

Außendienst- und Maklerbüros sind für den Publikumsverkehr zwar nicht überall geschlossen. Der für viele Kunden wichtige persönliche Kontakt zu Versicherungsmaklern und -vermittlern wird nun aber häufig über Telefon und digitale Kommunikationswege weitergeführt. Hier zeigen sich die Früchte der zunehmenden Digitalisierung in der Branche: Sichere Netzwerke und erprobte Prozesse ermöglichen auch in diesem herausforderndem Umfeld eine hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Versicherungswirtschaft.

... deutlich schwächeres Neugeschäft erwartet

Allerdings wird sich das Neugeschäft in der Versicherungswirtschaft im laufenden Jahr voraussichtlich deutlich schwächer entwickeln als in den beiden Jahren zuvor. Denn in der aktuellen Pandemie haben der Erhalt der Produktionskapazitäten und der Gesundheitsschutz die höchste Priorität. Viele Versicherungsbedarfe könnten damit im Bewusstsein der Bevölkerung vorübergehend in den Hintergrund rücken. Darüber hinaus beschränken die gegenwärtig geltenden Kontaktverbote die persönliche Kundenansprache. Insbesondere in der Lebensversicherung, in der die klassischen Vertriebs-

wege mit persönlichem Kontakt immer noch einen hohen Stellenwert haben, ist mit einem schwächeren Neugeschäft zu rechnen. Auch wird sich die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte im laufenden Jahr merklich verschlechtern. Noch im vergangenen Jahr zählten die vergleichsweise hohen verfügbaren Einkommen zu den Wachstumstreibern in den meisten Versicherungsbereichen. In der Krise nimmt allerdings die Verbreitung von Kurzarbeitergeld zu, Bonuszahlungen sowie Gewinnausschüttungen gleichzeitig ab.

Stabilität im Bestandsgeschäft

Im branchenübergreifenden Vergleich dürfte sich das Versicherungsgeschäft trotz des zu erwarteten Rückgangs im Neugeschäft in diesem Jahr aber gleichwohl recht stabil entwickeln. Dabei wirkt sich einerseits aus, dass in vielen Zweigen der Schaden- und Unfallversicherung ein großer Teil des Geschäfts zu Beginn des Jahres gezeichnet wird – für 2020 also bevor der Corona-Virus in Deutschland ein Thema wurde. Die konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden daher zum Teil erst im Jahr 2021 sichtbar werden. Das betrifft zum Beispiel die umsatztarifierten Betriebshaftpflichtversicherungen. Gleichzeitig stützt der Bestand an rund 442 Millionen Versicherungsverträgen die Beitragsentwicklung. In der Lebensversicherung sollten zudem die zahlreichen staatlichen Hilfen etwa für Selbstständige einen spürbaren Anstieg der Stornoquoten verhindern. Für Kunden mit vorübergehenden Liquiditätsengpässen bieten Versicherungsunternehmen darüber hinaus Möglichkeiten wie etwa die Anpassung der Zahlungsweise oder die Stundung von Beitragszahlungen. Vor dem Hintergrund der volatilen Entwicklung an den Finanzmärkten dürfte die Lebensversicherung in Beziehung zu anderen Anlageformen von den privaten Anlegern in Zeiten der Krise vermehrt als „sicherer Hafen“ aufgefasst werden. Insbesondere Lebensversicherungsprodukte mit Garantieelementen könnten in den kommenden Jahren daher vielleicht sogar weiter an Attraktivität gewinnen.

Impressum

Herausgeber

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
Wilhelmstraße 43/43 G, 10117 Berlin
Postfach 08 02 64, 10002 Berlin
Tel. 030 2020-5000, Fax 030 2020-6000
www.gdv.de, berlin@gdv.de

Verantwortlich

Dr. Klaus Wiener,
Mitglied der Geschäftsführung, Chefvolkswirt
Tel. 030 2020-5800
E-Mail: k.wiener@gdv.de

Publikationsassistenz

Kerstin Handrack

Redaktionsschluss

15.04.2020

Disclaimer

Die Inhalte wurden mit der erforderlichen Sorgfalt erstellt. Gleichwohl besteht keine Gewährleistung auf Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität oder Angemessenheit der darin enthaltenen Angaben oder Einschätzungen.

Autoren

Dr. Klaus Wiener
Dr. Max Hanisch
Dr. Anja Theis
Dr. Martin Altemeyer-Bartscher
Jakob Hohenstein

Bildnachweis

GDV

Alle Ausgaben

auf GDV.DE

